

Ringen um Österreichs Mitgliedschaft beim Cern

Regierung unter internationalem Druck

Spe. Die am Donnerstag vergangener Woche bekanntgegebene Entscheidung, Österreich wolle aus finanziellen Gründen seine Mitgliedschaft beim Cern bis 2011 auslaufen lassen, hat weitherum für Konsternation gesorgt. Dass dem Europäischen Laboratorium für Elementarteilchenphysik in Genf jährlich 23 Millionen Franken (das entspricht 2,2 Prozent des Jahresbudgets) fehlen würden, ist das eine. Viel verheerender ist jedoch die Signalwirkung, die von dieser Ankündigung ausgeht. Denn die Solidarität zwischen den 20 europäischen Mitgliedsstaaten stellte bisher die Arbeitsgrundlage dieser weltweit einzigartigen Institution dar. Entsprechend ernst nimmt das Cern die Angelegenheit. Am Montag reisten der Generaldirektor des Cern, Rolf-Dieter Heuer, und die Direktorin für Aussenbeziehungen, Felicitas Pauss, nach Wien, um mit dem österreichischen Wissenschaftsminister Johannes Hahn über das strittige Thema zu verhandeln.

Finanzkrise zwingt zum Sparen

Der angekündigte Rückzug vom Cern, der vom Parlament noch bestätigt werden muss, erfolgt vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanzkrise. Zwar ist der Forschungsetat in Österreich erhöht worden, aber nicht in dem Masse, wie es vorgesehen war. Hahn hatte die Beendigung der Cern-Mitgliedschaft letzte Woche damit begründet, dass der jährliche Mitgliedsbeitrag 70 Prozent jener Mittel binde, die Österreich für die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen zur Verfügung stünden. Damit seien Beteiligungen an anderen zukunftssträchtigen Projekten blockiert.

Konkret genannt wurden etwa das Extremely Large Telescope der Europäischen Südsternwarte, der Fair-Teilchenbeschleuniger in Darmstadt, der XFEL-Röntgenlaser in Schleswig-Holstein oder eine europäische Datenbank für die biomedizinische Forschung. Zudem profitiere von der Cern-Mitgliedschaft im Wesentlichen nur ein Institut, nämlich das Institut für Hochenergiephysik der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien. Andere Universitäten seien hingegen von der internationalen Forschungsinfrastruktur abgeschnitten.

Dass sich die Teilchenphysik dem Wettbewerb mit anderen Disziplinen stellen müsse, hält der Direktor des Instituts für Hochenergiephysik, Christian Fabjan, für richtig. Das fördere die Qualität der Forschung. Was ihn jedoch befremdet, ist die Art und Weise, wie die Entscheidung im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung getroffen worden sei. Es seien weder klare Kriterien definiert worden, noch habe es sich um einen transparenten Prozess gehandelt. Er selbst habe erst wenige Tage vor der Entscheidung erfahren, dass die Cern-Mitgliedschaft zur Disposition stünde. Auch Peter Zoller vom Institut für Quantenoptik und Quanteninformation in Innsbruck (der selbst kein Teilchenphysiker ist) stört sich an dem Vorgehen des Ministeriums. Man hätte eine Entscheidung von solcher Tragweite nicht ohne öffentliche Diskussion

fällen sollen.

Der Teilchenphysiker Walter Majerotto, der Österreich im Cern-Rat vertritt, befürchtet nun einen Niedergang der Teilchenphysik in Österreich. Zwar würden die Lichter nicht sofort ausgehen. Ohne die Cern-Mitgliedschaft gebe es aber keine Zukunftsperspektive mehr. Fabjan bedauert vor allem das negative Signal, das von der Entscheidung ausgeht. Das Cern sei ein internationales Vorzeigeprojekt. Wenn Österreich sich dort ausklynke, werfe das ein schlechtes Licht auf den Stellenwert der Grundlagenforschung im Lande. Fabjan spricht deshalb von einem schwarzen Tag für Österreichs Forschung.

Neue Formen der Kooperation

Wie es nun weitergeht, ist Gegenstand der Verhandlungen, die am Montag in Wien begonnen haben und auf Expertenebene fortgesetzt werden sollen. Dem Wissenschaftsministerium schwebt nach Auskunft seines Pressesprechers, Nikola Donig, eine Lösung vor, die es den österreichischen Forschern erlauben würde, auch über das Jahr 2010 hinaus an den Cern-Experimenten teilzunehmen - allerdings ohne die Rechte und Pflichten (sprich Kosten) eines Mitgliedsstaates. Tatsächlich gibt es eine Reihe von mehrheitlich aussereuropäischen Staaten, die Forscher ans Cern schicken, ohne sich an den Infrastrukturkosten (Beschleuniger, Gebäude usw.) zu beteiligen. Ob eine solche Lösung auch für ein Mitgliedsland wie Österreich in Frage käme, kann letztlich nur der Cern-Aufsichtsrat entscheiden, das höchste Entscheidungsgremium am Cern.

Die Cern-Spitze hat allerdings die Hoffnung noch nicht aufgegeben, Wissenschaftsminister Hahn von den Vorzügen der Cern-Mitgliedschaft überzeugen zu können. Für die gebürtige Österreicherin Pauss ist es jedenfalls nur schwer nachvollziehbar, dass ein Land, das seit 50 Jahren Cern-Mitglied ist und über die Jahre eine starke Position in der Teilchenphysik aufgebaut hat, den Status eines Nichtmitgliedslandes anstrebt, während andere Staaten eine stärkere Kooperation mit dem Cern suchen. Mit dieser Auffassung steht sie nicht alleine. Auf der Webseite sos.teilchen.at häufen sich inzwischen Wortmeldungen prominenter Physiker aus der ganzen Welt (darunter drei Nobelpreisträger), die Hahn dazu auffordern, seine Entscheidung zu überdenken.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZGlobal unter:

<http://www.nzz.ch/global>

NZZ Online: <http://www.nzz.ch>
Copyright (c) Neue Zürcher Zeitung AG
